

**Dr. Helen Fürst**

Präsidentin Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Rede zur Jahrespressekonferenz am 05. März 2025

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Redetext im Web verfügbar unter  
[www.gkv.de](http://www.gkv.de)

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Fachmedien, sehr geehrte Damen und Herren,  
ich heiße Sie hier im Wirtschafts- und Finanzzentrum Deutschlands - in Frankfurt am Main - herzlich willkommen zur Jahres-Wirtschaftspressekonferenz der Kunststoff verarbeitenden Industrie am Aschermittwoch des Jahres 2025. Das Jahr 2024 war von einer anhaltenden Rezession in Deutschland geprägt, die auch den Umsatz der Kunststoff verarbeitenden Industrie um 4,3 Prozent auf 69,4 Mrd. Euro zurückgehen ließ. Die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben der Kunststoff verarbeitenden Industrie ging ebenfalls auf ca. 313.000 zurück. Insbesondere die Wertschöpfungsketten Bau und Automobil bewegten sich auf einem unbefriedigenden Niveau.

Lassen Sie uns einen Blick in die einzelnen Branchensegmente der Kunststoff verarbeitenden Industrie und deren Entwicklung werfen:

Die Kunststoffverpackungsindustrie steht seit Jahren unter strukturellem Druck, wie der kontinuierliche Beschäftigungsrückgang zwischen 2019 und 2023 von 96.100 um 4 Prozent auf 92.300 Mitarbeiter zeigt. Dieser Trend begann bereits vor der Corona-Pandemie und beschleunigte sich u. a. durch eine gesunkene Nachfrage und die Energiekostenexplosion. Paradoxerweise stieg der nominelle Umsatz – ein trügerischer Effekt, der auf Preisanpassungen

**Die GKV -Trägerverbände:**



Industrievereinigung  
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe  
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung  
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige  
Kunststoffprodukte und  
Mehrwegsysteme e.V.

bei Energie und Rohstoffen basiert, während die Produktionsmenge seit 2018 um 15 Prozent auf 3,8 Mio. Tonnen im Jahr 2023 schrumpfte. Damit folgen die Kunststoffverpackungen dem Trend in Deutschland zu insgesamt weniger Verpackungen, der auch Verpackungen aus Papier, Glas oder Metall betrifft. Bei Kunststoffverpackungen tragen auch eine bessere Mehrweg-Nutzung und die weitere Reduktion des Verpackungsgewichts zum Produktionsrückgang bei.

Das Branchenbild der Kunststoffverpackungsindustrie in Deutschland ist laut IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen aktuell von unterschiedlichen Nachfrageentwicklungen geprägt: Während die Nachfrage nach Verpackungen für Lebensmittel und Pharmaprodukte stabil ist, kämpfen Hersteller von EPS-Verpackungen und Getränkeflaschen mit stark schwankenden Bestellungen. Die Schwäche im Bau- und Möbelsektor sowie der Automobilindustrie bleiben eine Herausforderung. Dabei bleibt das Exportgeschäft ein wichtiger Stabilisator für die Branche: Mit 47 Prozent Auslandsumsatzanteil 2024 gehört die Branche zu den Top-10-Exporteuren des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland. Trotzdem aller Herausforderungen konnte die Branche ihre Innovationskraft durch eine Steigerung des Rezyklateinsatzes um 24 Prozent seit 2021 demonstrieren.

Arbeitsmarktreformen und Demografie verschärfen den Kostendruck: Personalkosten stiegen, während der Fachkräftemangel die Unternehmen belastet. Um Produktivitätsreserven zu heben, forcieren laut einer Umfrage unter den IK-Mitgliedsunternehmen über 70 Prozent der Unternehmen Digitalisierungsprojekte zur Prozessvisualisierung und -automatisierung. Trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession zeigt die Branche der Kunststoffverpackungshersteller eine starke Resilienz: Mehr als jedes zehnte Unternehmen plant 2025 Neueinstellungen und Investitionen in Kreislauftechnologien sowie Digitalisierung verdeutlichen die Wandlungsfähigkeit des Mittelstands. Die Branche bleibt ein strategischer Industrieanker, deren Zukunftsfähigkeit auch von der Bewältigung regulatorischer Unsicherheiten und energiepolitischer Rahmenbedingungen abhängt. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass der mittelständisch geprägte Sektor trotz struktureller Widrigkeiten seine Wandlungsfähigkeit bewahrt – eine Voraussetzung für die Bewältigung der dreifachen Transformationsherausforderung: Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit.

Die im pro-K vertretenen Hersteller langlebiger Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme verzeichneten im Mittel Umsatzrückgänge aufgrund gestiegener Rohstoff-, Energie- und Logistikkosten, bei einem gleichzeitig zurückgehenden privaten Konsum. Insgesamt zeigte sich das Jahr 2024 anspruchsvoll, aber alles in allem stabil. Nachholeffekte aus der Corona-Zeit ebten weiter ab, positiv stellte sich dagegen der Mehrwegtrend dar, der einzelnen Segmenten

neue Märkte und Chancen eröffnet. Einige Bereiche verzeichneten allerdings auch starke Nachfragerückgänge, insbesondere in der Bau- und Automobilbranche. Auch für deutsche Konsumgüter-Hersteller ist die Luft in den vergangenen Jahren rauer geworden; ihre Zahl sinkt hierzulande. Immerhin zeigten sich die im pro-K organisierten Firmen mit der im Februar in Frankfurt zu Ende gegangenen Konsumgüter-Leitmesse Ambiente zufrieden und erwarten sich hiervon neue Wachstumsimpulse. Ein anhaltendes Problem für den Standort Deutschland sind die hohen bürokratischen Belastungen der Unternehmen, die als unnötig zeitaufwändig und lähmend eingeschätzt werden. Als relativ neue Herausforderung wird mittlerweile gesehen, dass Produktivitätsentwicklung nicht mit den Lohnsteigerungen Schritt hält. Die bereits seit einiger Zeit schwächelnde Konjunktur in Deutschland wirkt sich negativ auf das Konsumklima aus und sorgt so bei den Unternehmen für einen verhaltenen Ausblick auf das laufende Jahr.

Im Jahr 2024 war die wirtschaftliche Kraft der Polyurethan- und Schaumkunststoff-Industrie erheblich durch die Unsicherheit der Märkte geprägt und beeinträchtigt, so der FSK Fachverband Schaumkunststoffe und Polyurethane. Darüber hinaus haben fehlgeleitete bzw. fehlgeschlagene politische Entscheidungen und Maßnahmen, die bereits in 2023 eingeleitet wurden, bis in das Jahr 2024 ausgestrahlt und für Spannung gesorgt. Der rückläufige Absatz von Wärmepumpen und der Förderstopp für E-Fahrzeuge dämpften die Umsätze des Industriezweigs. Die Situation hat sich daher für die Branche gegenüber dem Vorjahr nochmals eklatant verschärft. Die Lage war zwischenzeitlich für zahlreiche Unternehmen nicht mehr zu kompensieren und hat in Insolvenzen geendet. Der Consumer-Markt, z.B. der Markt für Polstermöbel, litt in 2024 außerordentlich. Die Kaufkraft ist nochmals gesunken, was die Lage der Industrie in allen Zweigen, aber auch insbesondere in den Bereichen Automotive und E-Mobility sowie die vorgeschalteten Zulieferindustrien massiv beeinflusst hat. Die Bauwirtschaft blieb weiterhin auf niedrigem Niveau. Der Einbruch im Bereich des Eigenheimbaus ist deutlich eingebrochen. Fehlende Förderung und gestiegene Finanzierungskosten im Privatbereich sowie die ausgebliebene Umsetzung des Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand haben die Bauwirtschaft massiv belastet und einen entsprechenden Einbruch für die Marktzeige Bauzubehör und Dämmung nach sich gezogen.

Die Europäische Composites-Industrie kann auch 2024 den Abwärtstrend nicht stoppen. Bereits im dritten Jahr in Folge geht das europäische Produktionsvolumen deutlich zurück, so die Industrievereinigung Verstärkte Kunststoffe (AVK). 2024 sinkt der Markt um 5,6 Prozent, auf ein Gesamtvolumen von 2,4 Millionen Tonnen, wohingegen der Weltmarkt für Composites 2024 eine erneute Zunahme von etwa 4 Prozent auf insgesamt 13,5 Millionen Tonnen verzeichnet. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch den derzeit ungleichen Wettbewerbsbedingungen, insb.

im Vergleich zu Asien, geschuldet. Deutschland kann seine starke Position im europäischen Kontext weiterhin behaupten, und bleibt mit einem Anteil von über 19 Prozent am europäischen Gesamtmarkt nach wie vor das Land mit dem höchsten Marktvolumen. Insgesamt ist aber auch hier das Produktionsvolumen zurückgegangen, und zwar um knapp 10 Prozent. Der Anteil Deutschlands in Europa ist um 0,4 Prozent gesunken. In Deutschland decken sich die Rückgänge mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die hier derzeit schwächer ist als im gesamteuropäischen Durchschnitt - ein weiteres Indiz für die hohe Abhängigkeit der Composites-Industrie von der Gesamtwirtschaft.

Der mengenmäßig größte Teil der Composites-Produktion fließt in den Transportbereich, der fast 50 Prozent des Marktvolumens ausmacht. Die beiden nächstgrößeren Bereiche sind der Elektro-/Elektronikbereich sowie Anwendungen in Bau und Infrastruktur. Der Transportbereich umfasst dabei die Pkw-Produktion, aber auch Nutzfahrzeuge, die Luftfahrt, ÖPNV uvm. Unter den Bereich Bau- und Infrastruktur fallen Rohrleitungen, Behälter, Tanks, Profile u. a. Der Bereich Elektro und Elektronik umfasst beispielsweise Schalter, Gehäuse, Telekommunikations-einrichtungen oder Schaltschränke. Grundsätzlich unterscheiden lassen sich die Composites in solche mit einer thermoplastischen oder einer duroplastischen Kunststoff-Matrix. Im Jahr 2024 lag der Anteil der Duroplastischen Materialgruppe bei 41,8 Prozent des Gesamtmarktes in Europa. 2023 waren es 43 Prozent. Im Vergleich zum langfristigen Trend zeigt sich eine mittlerweile doch deutliche Abnahme des Marktanteils im Gegensatz zu den thermoplastischen Systemen. Seitens der Verstärkungsfasern haben alleine Kohlenstofffaserverstärkte Kunststoffe (CFK) in 2024 ein leichtes Wachstum zu verzeichnen, wohingegen die Produktion von Glasfaserverstärkten Kunststoffe (GFK) über alle unterschiedlichen Materialklassen rückläufig ist. CFK machen im Gesamtmarkt für Composites aber nur 2 bis 3 Prozent aus, GFK 95 Prozent. Grundsätzlich große Wachstumsmöglichkeiten haben Composites vor allem wegen ihres ungenutzten Potenzials für neue Anwendungen im Transport- aber insbesondere auch im Bausektor. Das gilt beispielsweise für Häuserfassaden und bei der 5G-Infrastruktur.

Soweit die Einschätzungen aus den Trägerverbänden des GKV.

Meine Damen und Herren, wir kommen wenige Tage nach der vorgezogenen Neuwahl des Deutschen Bundestages zusammen und natürlich wollen wir auch unsere Erwartungen an eine künftige Bundesregierung klar adressieren. Die Wirtschaftsdaten sind deutliche Warnsignale an die Politik in Deutschland und Europa, dass es ein „Weiter so“ definitiv nicht geben kann. Der beschrittene Weg in immer kleinteiligere Regulierung der Wirtschaft, ausufernder Bürokratie bis hin zu exzessivem Mikromanagement hat sich als fataler Irrweg herausgestellt, der eine

rapide Deindustrialisierung Deutschlands, einen massenhaften Arbeitsplatzabbau, Betriebsschließungen und die Verlagerung von Industrieproduktion in andere Länder befördert hat. Zu lange hat die Bundesregierung unter dem bisherigen Kanzler Scholz diese Entwicklung geleugnet und sich die Lage schönegeredet.

Deutschland und Europa stehen in einem unverkennbar schärfer gewordenen Wettbewerb mit China und den Vereinigten Staaten von Amerika. Bei der Europäischen Kommission ist das Warnsignal aus der Wirtschaft mit der Wahl zum Europaparlament im vergangenen Jahr bereits angekommen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau von der Leyen, kehrt vom aus unserer Sicht falschen Weg des so genannten „Green Deal“ Schritt für Schritt ab und stimmt inzwischen erfreulich häufig das hohe Lied der Wettbewerbsfähigkeit an. Erste Schritte in die aus unserer Sicht richtige Richtung eines deutlichen Bürokratieabbaus, den der GKV mit seinem Vorschlag für einen Industrial Deal zur Europawahl im vergangenen Jahr eingefordert hat, wurden inzwischen von der neuen Europäischen Kommission angekündigt. Von einer europäischen Industriestrategie für Wettbewerbsfähigkeit müssen aber mehr Impulse kommen als ein Paar zusätzliche Praxischecks und Förderprogramme.

Weder der Entwurf für einen Clean Industrial Deal noch die Vorschläge der Europäischen Kommission im Rahmen der sogenannten Omnibus-Initiative – im Wesentlichen die Einschränkung des Anwendungsbereichs der CSRD und eine Verschiebung der Berichtspflichten – werden ausreichen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern. Wir brauchen auch einen echten Abbau lähmender Bürokratie: Wir wollen den Omnibus voll beladen sehen, bevor Frau von der Leyen mit ihm auf große Fahrt geht.

Das Beschränkungsverfahren für die Stoffgruppe der per- und polyfluorierten Alkylverbindungen - kurz PFAS - verunsichert seit geraumer Zeit viele Unternehmen und ganze Lieferketten. Auch die 38 existierenden Fluorpolymere fallen unter diese Stoffgruppe und werden somit beim Beschränkungsverfahren miteinbezogen, obwohl diese Hochleistungskunststoffe essentiell u.a. für Zukunftsanwendungen wie E-Mobilität oder Halbleiterchips sind und die OECD-Kriterien für Polymers of low concern erfüllen. Schon die ständige weitere Diskussion darüber schadet der Wettbewerbsfähigkeit Europas, verhindert Investitionen und zerstört Arbeitsplätze. Das Beschränkungsverfahren sollte sofort gestoppt werden. Die für dieses Jahr von der Europäischen Kommission geplante Revision der europäischen REACH-Verordnung ist ein guter Anlass, ein klares Bekenntnis zum wissenschafts- und risikobasierten Ansatz des Chemikalienrechts abzulegen und für den künftigen REACH-Prozess auszuschließen, dass es nochmals zu einer schädlichen Diskussion über derartig weitreichende Totalverbote

industriell wichtiger High-Tech-Materialien kommt, die auch für die Dekarbonisierung unserer Gesellschaft gebraucht werden.

Die Europäische Kommission muss also ihre Hausaufgaben machen. Nach der vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 gilt es aber auch in Deutschland, die Weichen wieder konsequent in Richtung Wirtschaftswachstum zu stellen. Was zu tun ist und was wir als Industriezweig von der nächsten Bundesregierung erwarten, hat der GKV in seiner Wachstumsagenda für Deutschland im Dezember 2024 aufgeschrieben und an die politischen Parteien adressiert.

Einige sektorenbezogene Vorschläge aus den Parteien, die aller Voraussicht nach die künftige Bundesregierung anführen werden, gehen grundsätzlich in die richtige Richtung. Dazu zählt u.a. eine Aussetzung der aufwändigen und kostentreibenden Vorschriften des Baugesetzbuches und eine Novelle des Bauplanungsrechts (sog. Bau-Turbo). Dazu zählen weiterhin eine Abkehr vom Verbrennerverbot, die Förderung der Nutzung auch klimafreundlicher CO<sub>2</sub>-neutraler Kraftstoffe als Alternative zur E-Mobilität sowie eine realistische Ausrichtung der künftigen CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte. Damit die Effekte dieser Maßnahmen aber nicht an unserer heimischen Kunststoff verarbeitenden Industrie vorbeigehen, müssen zuvorderst drei andere Maßnahmenfelder von einer Bundesregierung angegangen werden.

Der GKV hat in seiner jährlichen Befragung unter den Mitgliedsunternehmen der Verbände der Kunststoff verarbeitenden Industrie auch nach den politischen Prioritäten für eine neue Bundesregierung gefragt. Aus Sicht unserer Branche gehört eine Senkung der Stromkosten auf einen verlässlichen Produktionsstrompreis für die gesamte Industrie, kein weiterer Anstieg der Lohnnebenkosten und ein Abbau von Bürokratie, insbesondere von Berichtspflichten, ganz nach vorn auf die Agenda der künftigen Bundesregierung. Die Flut an immer neuen und immer kleinteiligeren Rechtsvorschriften und Meldepflichten ist für die große Mehrheit der mittelständischen Unternehmen kaum mehr zu bewältigen und verunsichert die Unternehmen zusehends. Solche Berichts- und Nachweispflichten entstehen den Unternehmen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, dem Energieeffizienzgesetz, dem Einwegkunststofffondsgesetz, der Taxonomie, der CSRD und demnächst wahrscheinlich auch noch aus einer neuen Kunststoffgranulatverordnung der EU.

Auch wenn die Versorgung mit Rohstoffen aktuell noch wenig Anlass zur Besorgnis für die Unternehmen der Kunststoffverarbeitung gibt und auch für das kommende Jahr nicht mit Versorgungsgespässen zu rechnen ist, lohnt eine Betrachtung des größeren Bildes. Bereits seit

mehreren Jahren nimmt die Abhängigkeit der Kunststoff verarbeitenden Industrie von Rohstofflieferungen aus dem Ausland zu. Bereits mehr als zwanzig Prozent der Verarbeitungsmenge werden inzwischen von unseren Unternehmen aus dem Nicht-EU-Ausland bezogen. Der europäische Chemieverband CEFIC wies im Januar dieses Jahres in einer Studie zur Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie in Europa darauf hin, dass Europa aufgrund teurerer Rohstoffe und eines alternden Cracker-Netzwerks vor Herausforderungen steht, was langjährige Investitionsdefizite verdeutlicht. Seit 30 Jahren wurden in Europa keine neuen Cracker mehr gebaut, bedingt durch hohe Investitionskosten, strenge Regulierungen, geringe zusätzliche Nachfrage und Wettbewerbsdruck. Seit 2022 sind die Cracker in Europa deutlich geringer ausgelastet. Das hat seine Ursache in einem wachsenden globalen Angebot, einer schwachen Nachfrage in Europa und einer reduzierten Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Regionen: Europa war bereits gegenüber den USA und dem Nahen Osten im Nachteil, aber kürzlich begannen China und in geringerem Maße andere asiatische Länder wie Indien von vergünstigtem russischen Naphtha nach Beginn des Ukraine-Kriegs zu profitieren. Zwar sind von einigen Rohstoffherzeugern Investitionen in neue Cracker in Europa ab dem Jahr 2027 angekündigt, dem stehen jedoch Ankündigungen zu weiteren Kapazitätsschließungen in größerem Umfang gegenüber. Die Wertschöpfungskette Kunststoff in Deutschland und Europa droht also noch abhängiger von anderen Weltregionen zu werden. Kein gutes Zeichen in Zeiten heraufziehender Handelskonflikte.

Auch der wachsende Einsatz heimischer Kunststoffrezyklate wird die Versorgung nicht sicherstellen können. Insgesamt betrug der Anteil von eingesetztem Kunststoffrezyklat aus Post-Consumer und Post-Industrial Abfällen an der Verarbeitungsmenge in Deutschland 2023 ausweislich der Studie Stoffstrombild Kunststoffe ca. 15 Prozent. Gleichwohl droht die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage bei Kunststoffrezyklaten in den nächsten Jahren immer größer zu werden. Ohne geeignete Kunststoffrezyklate lassen sich die bereits verabschiedeten oder geplanten gesetzlichen Quoten z.B. bei Verpackungen oder Automobilen nicht erfüllen. Wird die Geschwindigkeit beim Ausbau des Rezyklatangebots in Deutschland bis 2030 nicht verdoppelt, steuern wir auf eine Rezyklat-Lücke von knapp 1 Million Tonnen allein in Deutschland zu. Das kann nur verhindert werden, wenn endlich Kunststoffe aus allen Abfallströmen systematisch sortiert und dem Recycling zugeführt werden. Das muss auch für den Haushaltsrestmüll und die Gewerbeabfälle gelten. Wir erwarten, dass die künftige Bundesregierung die Initiative ergreift und die im vergangenen Jahr verabschiedete Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie zügig umsetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz all dieser Herausforderungen gilt: Unsere Industrie hat das Potential für Wachstum. Der sprichwörtliche Silberstreif am Horizont wird nach zwei für die Kunststoff verarbeitende Industrie extrem herausfordernden Jahren allmählich sichtbar – verbunden mit der Erwartung, dass die genannten Reformen zügig kommen. Die Ergebnisse der jährlichen Unternehmensbefragung des GKV unter mehr als 330 Betrieben der Kunststoff verarbeitenden Industrie zeigen, dass die Unternehmen eine leicht positivere Erwartung für das aktuelle Jahr haben, als das im Vorjahr zu dieser Zeit der Fall war.

Die Messe K 2025 im Oktober dieses Jahres in Düsseldorf wird mit den Leitthemen Nachhaltigkeit, Technik und People zusätzlichen Schwung und die viel beschriebene „Power of Plastics“ in die Dynamik der Wertschöpfungskette Kunststoff bringen. Wir freuen uns darauf, dass die K wieder ihre Tore öffnet und eine Woche lang die Kunststoffindustrie der Welt nach Deutschland blickt. Neben vielen bei unserer Weltleitmesse vertretenen Mitgliedsunternehmen beteiligen sich der GKV und seine Trägerverbände an der K 2025 – erstmals mit einem eigenen Sonderformat: Der Young Talents Lounge. Besuchen Sie uns gern in der Halle 8a.

Unsere Industrie geht mit Entschlossenheit und Zuversicht für neues Wachstum in das Jahr 2025. Lassen Sie uns die vorhandenen Chancen ergreifen! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!